

ecke

nr. 5 – nov/dez 2025

müllerstraße

zeitung für das »lebendige zentrum« und sanierungsgebiet müllerstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Wo hat unser Fotograf Christoph Eckelt dieses Foto aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir einen Gutschein über 20 Euro für das Kino Alhambra. Schicken Sie uns Ihre Antwort bitte per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Müllerstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 8. Dezember 2025. Das Bilderrätsel in der Ecke Müllerstraße 3/2025 zeigte den Neubau Müllerstraße 22 an der Einmündung der Utrechter Straße. Gewonnen hat Konrad Rudolph – herzlichen Glückwunsch

Gesamtstädtischer Wärmeplan jetzt im Beteiligungsverfahren

Rund 40 Prozent der Berliner CO₂-Emissionen werden beim Heizen verursacht. Um bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden, sind erhebliche Fortschritte notwendig, die einen erheblichen Investitionsaufwand verursachen. Bis Mitte 2026 sollen die größeren Kommunen einen Wärmeplan beschließen, der darlegt, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Der Entwurf eines solchen Plans für Berlin liegt derzeit öffentlich aus und kann noch bis 27. November 2025 von jedermann kommentiert werden. Im Internet findet man ihn unter <https://be.beteiligung.diplanung.de>. Allerdings ist die Lektüre nicht einfach. Denn das Thema ist komplex, das Ziel nicht in wenigen Schritten zu erreichen – so werden auf 90 Seiten insgesamt 37 Maßnahmensteckbriefe skizziert. Und die sind oftmals nur unter erheblichen Schwierigkeiten

umzusetzen. Zum Beispiel ist unser Wissen über die Beschaffenheit der tieferen Erdschichten unter Berlin noch zu gering, um das Potenzial und die Kosten von Geothermie abschätzen zu können. Und die vorhandenen Kapazitäten unseres Stromnetzes scheint nicht auszureichen, um im erforderlichen Ausmaß im Winter Wärmepumpen zu betreiben. So beschleicht einen schnell der Verdacht, dass zwanzig Jahre nicht genügen werden, um all die erforderlichen Schritte auf den Weg zu bringen. Das sollte uns aber nicht davon abhalten anzufangen.

cs

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

Das Titelbild

wurde im Schillerpark aufgenommen.

INHALT

Seite 3 Büroturm am RKI geplant

Seite 4 Hehlermarkt Leopoldplatz

Seite 5 Sicherheitsgipfel – Mittel gestrichen?

Seite 6 Blockkonzept beschlossen

Seite 7 Sanierungsbedarf im Schillerpark

Seite 8 Keine Kulturetage im Karstadt

Seite 9 Schafe im Volkspark Rehberge

Seite 10 Skandalhaus wird abgerissen

Aus dem Bezirk Mitte:

• Seite 11 Kiezblocks in Mitte

• Seite 12 Stadtbild I: Zuwanderung aus Indien

• Seite 13 Stadtbild II – Worüber reden wir eigentlich?

• Seite 14 Mittelkürzungen für den öffentlichen Raum / Baumscheiben: Zeit für Zwiebeln

Seite 15 Gebietsplan und Adressen

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, eckemueller@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Möller Pro Media

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Die nächste Ausgabe

der Ecke Müllerstraße erscheint Mitte Dezember 2025.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Müllerstraße« sind abrufbar unter: www.muellerstrasse-aktiv.de

Zwei Türme der Hoffnung

Nach der Charité plant jetzt auch das RKI einen Hochbau in der Nähe des Nordufers

Ende 2028 soll das Herzzentrum auf dem Gelände des Virchowklinikums fertiggestellt sein, das unweit des Nordufers und der Föhrer Straße etwa 70 Meter in die Höhe ragen wird. Dieser Hochbau soll nicht allein bleiben: Auch das Robert-Koch-Institut (RKI) plant jetzt an der Föhrer Straße ein ähnliches hohes Bürohaus. Dafür schafft der Senat gerade das notwendige Planungsrecht: Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplan 1-114VE wurde im September der Öffentlichkeit vorgestellt.

Schon seit längerer Zeit plant die dem Bundesministerium für Gesundheit nachgeordnete Behörde, die während der Corona-Pandemie ständig in aller Munde war, eine Neuordnung und Konzentration ihrer Dienstgebäude im Wedding. An der Seestraße 10, direkt neben der Einfahrt zum Virchow-Klinikum entstand bereits 2015 ein modernes Gebäude mit einem Hochsicherheitslabor, im kommenden Jahr soll hier ein weiteres Büro- und Laborgebäude fertig werden. An diesem Standort will das RKI mittelfristig alle seine Labore konzentrieren. In die Gerichtstraße 27, ein Grundstück direkt an der S-Bahn, das an der Straße aus nur eine Zufahrt hat, zogen Ende 2024 die Abteilungen für Epidemiologie und Gesundheitsmonitoring aus Tempelhof – hier war zuvor bereits das Zentrum für Internationalen Gesundheitsschutz untergebracht.

Der historische Hauptsitz des RKI befindet sich seit dem Jahr 1900 jedoch am Nordufer unmittelbar südöstlich des Virchow-Klinikums gleich hinter der Föhrer Brücke. Hier ist unter anderem die Institutsleitung mit den Stabstellen und ein Großteil der Verwaltung untergebracht. Und bislang auch Labore in einem Bau aus den 1970er Jahren an der Ecke der Föhrer Straße und der Buchstraße. An dessen Stelle soll jetzt ein neuer Hochbau entstehen, in dem die Büro- und Verwaltungsarbeiten konzentriert werden sollen.

Im Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist hier ein Hochbau vorgesehen, dessen Oberkante mit 104 Metern über Normalnull angegeben wird. Das wäre zwar etwa 67 Meter über der Straßenebene, angerechnet würde offiziell aber nur eine Firsthöhe von maximal 60 Metern, so dass die Grenze des seit 2020 geltenden Hochhausleibildes nicht überschritten würde. Dennoch würde das Gebäude die bestehenden Hochpunkte in der Nachbarschaft überragen: etwa das Kraftwerk Moabit (Firsthöhe ohne Schornstein: 52 Meter), das Haus Grashof der BHT (53 Meter), den Rathausneubau Wedding (51 Meter) und das Stu-

dierendenwohnheim in der Triftstraße (43 Meter). Nur die beiden Hochhäuser von Bayer Healthcare an der Müller- und Sellerstraße würden mit ihren etwa 67 Metern Firsthöhe das künftige RKI überragen. Noch im Bau befindet sich freilich das Herzzentrum der Charité gleich nebenan am Nordufer. Es soll sogar 70 Meter Firsthöhe erreichen, 17 Etagen umfassen und damit bis auf weiteres das höchste Haus des Wedding sein.

Im südlichen Eingangsbereich des Ortsteils würde somit städtebaulich eine Torsituation entstehen, die spätestens nach dem Rückbau des alten, noch mit Steinkohle betriebene Kraftwerks Moabits einen stadtbildprägenden Charakter einnehmen würde. Das wurde in der Öffentlichkeit so noch gar nicht thematisiert und löst in manchen Kreisen durchaus Kritik aus.

Allerdings wäre eine städtebauliche Akzentuierung dieses Bereiches der Berliner Innenstadt sinnvoll. Denn die Charité und das Robert-Koch-Institut tragen ja wesentlich zu dem guten internationalen Ruf unserer Stadt im auch wirtschaftlich sehr bedeutsamen Sektor »Gesundheit« bei. Dazu gesellt sich hier auch noch die nahe gelegene Pharmazentrale des Weltkonzerns Bayer, mit der die Charité ja bekanntlich intensiv kooperiert. Welche Wirkung ein Volltreffer in dieser Branche haben kann, lässt sich an der Stadt Mainz studieren, die durch die Gewerbesteuererinnahmen nur einer einzigen Firma (Biontech) in nur zwei Jahren (2021 und 2022) ihre gesamten Schulden tilgen konnte. Oder in Dänemark, das von dem Geldsegen nur eines pharmakologischen Produkts, der Abnehmspritze Ozempic profitiert. Dessen Hersteller Novo Nordisk war zwischenzeitlich das wertvollste Unternehmen Europas. Diese Geschichte wird sich im Wedding zwar vermutlich nicht wiederholen. Aber auch die Hoffnung schafft schon ein Stück positive Stimmung, die unser Ortsteil so bitter nötig hat. Die zwei Türme am Nordufer könnten das signalisieren.

cs



In dem 1970er-Jahre-Bau des Robert-Koch-Institutes an der Föhrer Straße sind bislang vor allem Labore untergebracht. Er soll abgerissen werden und an seiner Stelle ein bis zu 60 Meter hoher Büroturm entstehen.

Wird der Leo zum Schwarzmarkt für Hehlerware?

Anwohnende und Gewerbetreibende alarmieren den Runden Tisch

Der Leopoldplatz entwickelt sich zusehends zu einem stadtbekannten Umschlagsort für gestohlene Kleingüter. Das berichteten jedenfalls Vertreterinnen und Vertreter der Initiative »Wir am Leo« auf dem Runden Tisch Leopoldplatz am 17. September. Gewerbetreibende und Gastronomen im Umfeld beklagten eine hohe Belastung durch Diebstahl: Alles, was nicht niet- und nagelfest sei, verschwinde. Man finde auch keine Versicherung mehr, die noch bereit sei, das Risiko zu übernehmen. Einige hätten deshalb bereits aufgegeben. Die Polizei bestätigte diese Entwicklung im Wesentlichen. Deshalb habe sie bereits Schwerpunkteinsätze gegen Hehlerei durchgeführt, beispielsweise im Umfeld des Genter Wochenmarktes. Es sei aber im Einzelfall schwer bis unmöglich, rechtssicher nachzuweisen, dass es sich bei den gehandelten Kleingütern, die hier oftmals auf Decken auf dem Boden ausgebreitet sind, tatsächlich um Diebesgut handele. Nach dem Ende der offiziellen Aussprache erläuterte uns ein Vertreter der Initiative im persönlichen Gespräch diese Beobachtungen. »Wir am Leo« ist in den beiden, zu Infopoints umgestalteten Bauwagen dauerhaft auf dem Platz präsent. Die Mitglieder der Initiative bekommen deshalb die meist heimlich durchgeführten Transaktionen eher mit als normale Platzbesucher. Nach deren Beobachtungen kommen gezielt Aufkäufer für gestohlene Kleingüter aus einem weiteren Umfeld zum Platz, weil sie hier permanent ein reichhaltiges Angebot vorfinden.

Das konterkariert die Bemühungen der Polizei, den Drogenhandel auf dem Leopoldplatz durch häufige Kontrollen und permanente Präsenz zu unterbinden. Doch wenn die schwer Suchtkranken dennoch häufig den Leopoldplatz aufsuchen, weil sie hier hoffen, an Bargeld zu kommen, dann deutet das auf eine Verfestigung krimineller Strukturen im Stadtraum hin. Die Lösungsansätze, die in den 2010er Jahren angesichts der damaligen Problemlagen des Leopoldplatzes am Runden Tisch entwickelt worden waren, greifen dann möglicherweise heutzutage zu kurz.

Vertreter des lokalen Polizeiabschnitts bestätigten uns gegenüber im persönlichen Gespräch die Beobachtungen der Initiative. Die große Belastung des Umfelds des Leopoldplatzes durch Diebstahl sei ja schon allein deshalb augenfällig, weil praktisch alle größeren Geschäfte in der Müllerstraße inzwischen eine eigene Security finanzierten, die meist gut sichtbar im Eingangsbereich platziert sei. Und in den Läden seien ganz bestimmte Warengruppen meistens in abgeschlossenen Regalen verwahrt – und zwar nicht nur, wie bereits früher üblich, Zigaretten und Hochprozentiges, sondern immer häufiger auch so unverdächtige Produkte wie Shampoos international verbreiteter Marken, z.B. »Head & Shoulders«. Denn die scheinen sich vor allem in Gemeinschaftsunterkünften gut weiterverkaufen zu lassen. Im vergangenen Jahr lebten nach den Angaben diverser Senatsabteilungen etwa 40.000 Menschen in Berliner Flüchtlingsunterkünften, etwa 50.000 in Obdachlosenunterkünften, 6000 auf der Straße sowie etwa 10.000 in Haftanstalten.

Dieser Artikel berührt Aspekte der Organisierten Kriminalität. Deshalb nennen wir hier keine Namen. Bitte haben Sie Verständnis.

Bänke sollen endlich instand gesetzt werden

Auch Ende Oktober präsentierten sich die Bänke auf dem vorderen Leopoldplatz leider immer noch in nacktem Beton. Dabei sollte eigentlich schon ein Handwerksbetrieb dabei sein, hier neue Sitzbretter aus Holz einzufügen. Die alten Sitzplanken mussten bereits im Frühjahr des Jahres 2024 entfernt werden, weil herausstehende Metallbolzen und zersplittertes Holz zunehmend Gefahrenstellen bildeten. Denn obwohl sie besonders robust konstruiert sind, hatten sie den besonderen Belastungen auf dem Leo kaum zehn Jahre lang stand gehalten. Eine erste Ausschreibung der Reparatur war aber gescheitert, denn die Reparatur der Einzelstücke war offenbar komplexer als anfangs vermutet. Bei der zweiten Ausschreibung wurde die Aufgabenstellung dann detaillierter ausgeführt, so dass sich die Handwerke ein genaueres Bild davon machen konnten. Sie war zwar erfolgreich, die Arbeiten konnten aber aufgrund von Lieferschwierigkeiten nicht vor Beginn der kälteren Jahreshälfte erledigt werden. Spätestens im Dezember sollen sie aber fertig sein. Auf das Erscheinungsbild des Leopoldplatzes wirken sich die nackten Betonblöcke, auf die man sich eigentlich nicht setzen will natürlich extrem negativ aus.

Sparhaushalt kappt Sicherheitsgipfel

Im Haushaltsentwurf des Senats fehlen 1,2 Millionen für den Leopoldplatz

Die Bezirksbürgermeisterin von Mitte Stefanie Remlinger präsentierte sich dem Runden Tisch Leopoldplatz am 17. September sichtlich erschüttert: »Das für mich politisch Unvorstellbare ist passiert: Sämtliche Mittel des Sicherheitsgipfels sind auf null gestellt.« Im Haushaltsentwurf des Senats für die Jahre 2026 und 2027 fehlen die knapp 30 Millionen Euro, die in den Jahren 2024 und 2025 zur Umsetzung der vom Sicherheitsgipfel beschlossenen Maßnahmen bereitstanden. Für den Leopoldplatz klafft damit laut Remlinger eine Lücke von 1,2 Millionen Euro.

Das Paket des Sicherheitsgipfels vom September 2023 bestand aus insgesamt 20 Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum, insbesondere im Görlitzer Park und am Leopoldplatz, sowie zur Entwicklung einer gesamtstädtischen Strategie gegen die offensichtlichen Missstände. Zusätzliche Mittel flossen dabei an die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, die für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, die für Bildung, Jugend und Familie sowie an die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Treptow-Köpenick. Nicht alle diese Mittel konnten tatsächlich eingesetzt werden – beispielsweise fand sich im Umfeld des Leopoldplatzes kein Hauseigentümer, der bereit dazu war, dem Bezirk Ladenräume zur Einrichtung einer speziellen Kontakt- und Beratungsstelle der Suchthilfe zur Verfügung zu stellen. Abgeflossen sind jedoch Sachmittel etwa für zusätzliche »Drogenkonsummobile«. Ein großer Teil der Mittel wurde aber letztlich für Personalausgaben eingesetzt, vom Bezirk beispielsweise für die aufsuchende Sozialarbeit im Umfeld des Leopoldplatzes, die Betreuung der öffentlichen Toilette und der »Info-Points« auf dem Platz oder die Einführung von Kiezhhausmeistern im Brüsseler Kiez, Sprengelkiez, Osramkiez und Antonkiez. Zusätzlich wurden Maßnahmen wie ein Kulturprogramm für den Leo sowie für Fitnessangebote auf dem Maxplatz finanziert, auch die weihnachtliche Beleuchtung des Platzes im vergangenen Jahr konnte dank dieser Mittel eingerichtet werden. All diese Projekte stehen jetzt akut in Frage. Nicht von den Einsparungen betroffen sind jedoch die eingeleiteten Maßnahmen der Polizei und der Senatsverwaltung für Justiz. Der Leopoldplatz bleibt weiter im Fokus der Sicherheitskräfte.



Dank der Mittel des Sicherheitsgipfels konnte der Leopoldplatz im vergangenen Winter festlich beleuchtet werden.

Am Runden Tisch nahmen auch Abgeordnete aus dem Abgeordnetenhaus teil, die der Regierungskoalition angehören. Matthias Schulz und Maja Lasic (beide SPD) beteuerten, dass sie das Problem bei den Haushaltsberatungen auf den Tisch legen werden. Entschieden werde über den Berliner Doppelhaushalt nämlich erst im Dezember, Änderungen in Einzelpunkten seien während der Beratungen im November noch möglich: »Es besteht noch Hoffnung.« Die CDU, deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender Sven Rissmann das Parkviertel im Abgeordnetenhaus vertritt, war leider nicht anwesend. Er setze sich aber, so seine SPD-Kollegen, auch für den Leopoldplatz ein. Angesichts der Debatte um das »Stadtbild«, die sein Parteivorsitzender inzwischen losgetreten hat, sollte er freilich auch gar nicht anders können. Aber das heißt noch lange nicht, dass sich die Weddinger Abgeordneten bei den Beratungen auch durchsetzen werden: Der Haushalt ist in diesem Jahr nämlich mal wieder mal sehr eng gestrikt, es wird um jeden Euro gekämpft. Einen gewissen Spielraum bieten dabei die Ergebnisse der neuesten Steuerschätzungen vom Oktober 2025, die im Vergleich zu den dem Haushaltsentwurf zugrunde liegenden Schätzungen vom Mai höhere Einnahmen prognostizieren: für 2026 in Höhe von 726 Mio. Euro, für 2027 von 778 Mio. Euro. Allerdings stehen diesen enorme Haushaltsdefizite gegenüber: Für beide Jahre zusammen insgesamt 10,4 Milliarden Euro. Die entscheidenden Sitzungen des Abgeordnetenhauses finden am 4. und am 18. Dezember statt. Kurz zuvor, am Mittwoch, dem 3. Dezember, tagt erneut der Runde Tisch Leopoldplatz, wie immer um 18 Uhr im ehemaligen BVV-Saal Wedding gegenüber der Schiller-Bibliothek.



Ch. Eckelt

Blockkonzept beschlossen

Südlich des U- und S-Bahnhofs Wedding herrscht riesiger Entwicklungsbedarf

Eigentlich könnte die Ecke eine der heißesten des Wedding sein. Direkt an der Kreuzung der U6 mit dem S-Bahn-Ring gelegen, haben sich vergleichbare Lagen in der Berliner Innenstadt längst zu pulsierenden Zentren entwickelt. Der Bereich südlich des S-Bahnhofs Wedding dagegen liegt immer noch fest im Dornröschen-Schlaf. Gleich am Eingang zum S-Bahnhof präsentiert sich ein geradezu musealer Discounter aus den 1970er Jahren. Mit Parkplatz und Tiefgarage, wie es sich gehört, wobei die Tiefgarage seit Ewigkeiten gesperrt ist, angeblich ist dort die Deckenhöhe zu niedrig für zeitgenössische Automobile. Das ist aber auch völlig egal, denn auf dem Parkplatz vor dem schwarzen Netto ist immer Platz. Im Laden herrscht kaum Betrieb, ganz im Gegensatz zum neuen »Edeka Fromm« etwa 150 Meter weiter die Müllerstraße hinauf, auf der anderen Seite des S-Bahnhofs. Dort ist von morgens bis abends an den Kassen Betrieb, weil hier viele Umsteiger vorbeikommen, die mal schnell ein paar Sachen einkaufen.

In den schwarzen Netto dagegen trauen sich nur die ganz Hartgesottenen. So abgeranzt präsentiert sich der Wedding nämlich nur noch an wenigen Flecken. Dieser hier hat den Entwicklungsschub der 1990er Jahre völlig verschlafen: Als der S-Bahnhof im Jahr 2002 nach 22 Jahren wieder in Betrieb genommen wurde, war der Kuchen nämlich schon aufgeteilt und die meisten Einkaufszentren gebaut. Zu Mauerzeiten war das Zentrum des Wedding zudem gezielt an den Leopoldplatz verlegt worden, wo seit 1961 die neue U9 verkehrte und im Jahr 1978 das große Warenhaus seine Pforten öffnete. Der Bereich südlich des S-Bahnhofs gilt

seither planungsrechtlich als eine Art Erweiterungsfläche für die Schering AG auf der anderen Seite der Müllerstraße, die inzwischen unter dem Namen »Bayer Healthcare« bekannt ist. Auch diese Festlegung blockiert bis heute die städtebauliche Entwicklung.

Das soll sich jetzt ändern. Das Bezirksamt beschloss am 2. September die Konkretisierung der Sanierungsziele des Gebiets Müllerstraße durch das Blockkonzept »Block 205 und Block 212«. Block 205 bezeichnet dabei den dreieckigen Bereich zwischen S-Bahn-Trasse und Lindower Straße südlich des Martha-Ndumbe-Platzes (ehem. Nettelbeckplatz), Block 212 den wesentlich größeren, durch die Reinickendorfer, die Fenn- und die Müllerstraße begrenzten Bereich südöstlich des S-Bahnhofs Wedding. Damit wird in der Endphase des Sanierungsgebiets Müllerstraße noch ein wichtiges Projekt zur Neuordnung des Stadtraums auf den Weg gebracht. Hauptziel ist dabei, zusammen mit den beiden großen Grundstückseigentümern im Block 212 einen Bebauungsplan auszuarbeiten, der neues Baurecht für einen Großteil der Fläche schaffen soll. Ausgeklammert sind die bestehenden Wohnhäuser entlang der Reinickendorfer und des Ausläufers der Fennstraße am Weddingplatz. Dort ist die Aufstellung eines Bebauungsplans schon beschlossen, der die bestehende Wohnnutzung absichert.

Im Grundsatz sind sich die beiden großen Eigentümer, die Handelskette Netto des dänischen Handelskonzerns »Salting Group« und Bayer Healthcare, mit dem Bezirk auch schon einig. Netto gehört der besagte Discounter samt Tiefgarage und Parkplatz, Bayer das Grundstück dahinter, das bis zur Reinickendorfer Straße 113 reicht und über eine Einfahrt unter dem Wohnhaus erschlossen ist. Auf dem hinteren Teil stehen zwei dreistöckige Gewerbebauten mit Büros. Zu Bayer gehört weiterhin das Parkhaus an der Müllerstraße, das Mitte der 2010er Jahre saniert wurde und auf dessen Dach die Betriebskita untergebracht ist. Dieses Parkhaus mit Kita soll erhalten bleiben. Der offene Parkplatz direkt daneben sowie ein weiteres niedriges Bürogebäude auf dem hinteren Grundstücksteil können nach dem Willen von Bayer jedoch neu bebaut werden. Sinnvoll wäre es, alle drei Grundstücke gemeinsam zu entwickeln.

Da liegt der Teufel aber bekanntlich im Detail. Zudem stehen derzeit in Berlin die Projektentwickler auch nicht gerade Schlange: Der Berliner Büroflächenmarkt ist zusammengebrochen und es erscheint fraglich, ob er sich in absehbarer Zeit noch einmal erholen wird. Denn der zunehmende Einsatz von KI rationalisiert ja vor allem die Arbeit am Rechner und spart somit Bürofläche. Wohnungsbau dagegen wäre direkt am S-Bahnhof wegen Lärmschutz nicht durchgehend möglich.

Die Laufzeit des Sanierungsgebietes Müllerstraße endet im Jahr 2028. Wenn bis dahin ein neuer Bebauungsplan nicht grundsätzlich ausgearbeitet ist, könnte es lange dauern, bis wieder jemand einen neuen Anlauf versucht. cs

Dringender Sanierungsbedarf

Der Schillerpark könnte Teil eines neuen Fördergebiets »Osloer Straße« werden

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen prüft derzeit, ob sie das Gebiet »Osloer Straße« im nördlichen Wedding in das Förderprogramm »Nachhaltige Erneuerung« aufnehmen kann. Dazu gehört dann möglicherweise auch der Schillerpark. Dort besteht dringender Handlungsbedarf: Insbesondere die »Bastion«, also die zentrale Terrassenanlage des Parkes verfällt zusehends, hier hat es Anfang 2024 gebrannt. Der Schillerpark entstand in den Jahren 1909 bis 1913 und ist einer der ersten echten Volksparks in Deutschland mit großzügigen und offenen Anlagen. Ein Großteil des Schillerparks steht deshalb als Gartendenkmal unter besonderem Schutz. Allein zur Sanierung der »Bastion« wäre mehr als eine Million Euro erforderlich, so schätzt der Bezirk Mitte. Die knappen Kassen machen derzeit aber nur Unterhaltsmaßnahmen in wesentlich geringerem Umfang möglich. Jetzt hat der Senat Mittel für ein Gutachten über die erforderlichen Maßnahmen zur Verfügung gestellt, berichtete das Bezirksamt im September der BVV. Sofern die Aufnahme des Gebiets Osloer Straße in das Förderprogramm bestätigt wird, können die Ergebnisse dieses Gutachtens zur Erarbeitung eines Integriertes Stadtentwicklungskonzepts (ISEK)



Ch. Eckelt

genutzt werden. In den nachfolgenden Jahren könnten dann auch Maßnahmen zur Sanierung des Schillerparks aus den Programmmitteln finanziert werden. Das Förderprogramm »Nachhaltige Erneuerung« hieß früher »Stadtumbau Ost« bzw. »Stadtumbau West«, Im Bezirk Mitte wurde mit Mitteln aus diesem Programm das Gebiet Tiergarten-Nordring/Heidestraße entwickelt, zu dem nicht nur das Neubaugebiet Europacity gehört, sondern insbesondere auch der neu gestaltete Sportpark Poststadion (Fritz-Schloss-Park) in Moabit. Der ist einen Besuch zu jeder Jahreszeit definitiv wert, auch mit Kindern. Auch das Umfeld des ehemaligen Flughafens Tegel, der Charlottenburger Norden mit dem Volkspark Jungfernheide sowie der Prenzlauer Berg mit dem Ernst-Thälmann-Park werden in dem Programm gefördert. cs

Eisstadion wieder offen

Das Erika-Hess-Eisstadion in der Müllerstraße 185 ist wieder geöffnet und steht dem organisierten Eissport zur Verfügung. Die aus den 1960er-Jahren stammende Dachträgerkonstruktion ist überprüft und frei gegeben. Parallel finden weitere Instandsetzungsarbeiten statt, noch im Dezember 2025 soll auch die Außeneislaufbahn wieder geöffnet werden kann. Die drittgrößte Eissporthalle der Stadt musste im März 2023 wegen gravierender Mängel der Kühlanlage geschlossen werden. Am 6. Januar 2025 konnte sie zwar wieder öffnen, aber nur für zwei Wochen, weil erneut erhebliche Mängel aufgetreten waren. Die Halle wird intensiv für Vereins- und Schulsport genutzt, der Außenbereich steht auch für den Freizeitsport zur Verfügung.

Angebotspflicht für Mehrwegverpackungen

Im November will das Ordnungsamt Mitte verstärkt kontrollieren, ob sich die gastronomischen Betriebe an die Angebotspflicht für Mehrwegverpackungen halten, die in Berlin seit 2023 vorgeschrieben ist. Die Kontrollen erfolgen im Zusammenhang mit den »Zero-Waste-Aktionswochen« der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt sowie der Berliner Stadtreinigungsbetriebe. Bei festgestellten Verstößen kann ein Bußgeld von bis zu 10.000 Euro nach dem Verpackungsgesetz drohen.

Kontaktbüro Mobile Sozialarbeit

Seit dem 3. November gibt es ein neues Kontaktbüro der Mobilien Sozialarbeit in der Müllerstraße 146. Der Eingang befindet sich rechts neben dem Haupteingang des Rathauses Wedding und ist direkt von außen zugänglich. Der Aufbau der Kontaktstelle ist Teil des Maßnahmenpakets des Berliner Sicherheitgipfels (siehe auch S. 5). Grundlegende Ziele der Mobilien Sozialarbeit sind, obdachlose Menschen wieder in das Hilfesystem einzubinden und sie von der Straße zu bekommen. Das neue Angebot ergänzt die aufsuchende Sozialarbeit im öffentlichen Raum. Das Kontaktbüro soll einen geschützten Raum für Beratung und Gespräche bieten.

»Urbane Kultur-landschaft« bereits gescheitert?

Eigentümer will keine Kulturetage im ehemaligen Karstadt

Die »urbane Kulturlandschaft«, die der Bezirk Mitte gerne im ersten Obergeschoss des ehemaligen Karstadt-Warenhauses am Leopoldplatz einrichten will, scheint offenbar schon gescheitert zu sein. Jedenfalls berichtete das die Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger dem Runden Tisch Leopoldplatz am 17. September. Danach lehnt der Eigentümer der Immobilie, die Versicherungskammer Bayern mit Sitz in München, die Kulturlandschaft ab und bietet nur noch an, auf dem kleinen Hof des Kaufhausgebäudes einen Baucontainer aufzustellen, in dem kulturelle Aktivitäten stattfinden könnten. Das ist für den Bezirk natürlich keine Alternative.

Eine vom Büro der Bezirksbürgermeisterin herausgegebene Broschüre informiert unterdessen über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie, die in Sommer fertig gestellt wurde. Danach würde es rund 1,6 Millionen Euro kosten, die Kulturetage einzurichten. Etwa 650.000 Euro wären für Investitionen in den Gebäudebestand erforderlich und 950.000 Euro für Investitionen in das Kulturprojekt. Zusätzlich würde das Projekt aber auch jährliche laufende Kosten von knapp über einer Million Euro verursachen, nämlich 300.000,00 Euro an Betriebskosten und etwa 750.000 Euro an Personal- und Sachkosten. Es bleibt indes offen, wie diese Mittel aufgebracht werden könnten und wie hoch der Anteil wäre, den der Eigentümer tragen müsste. Dem Vernehmen nach sind die Verhandlungen auch an diesem Punkt gescheitert.

Inhaltlich informiert die Broschüre nur knapp. Entstehen solle »ein niedrigschwelliges, öffentlich zugängliches Angebot, welches täglich geöffnet und weitestgehend kostenfrei ist. Bis zu acht feste Mitarbeitende und bis zu zwanzig weitere Projekthelfer*innen begleiten parallel stattfindende Angebote wie zum Beispiel Filmvorführungen, Konzerte, Vorträge, Stand-up, Ausstellungen, Workshops, Tanz-, Yoga und Fitnesskurse. Für spontane Besuche gibt es ein Café, ein Social-Media-Studio, Chillout-Bereiche, einen Kinderspielfeldplatz und eine kleine Rollschuhbahn. Bei Einzelveranstaltungen können bis zu 200 Personen zusätzlich zu den bereits anwesenden Besucher*innen in der Kulturlandschaft verweilen.«

Unklar bleibt dabei, wer in der Lage sein soll, so ein Projekt umzusetzen. Es fehlen Namen und Gesichter oder zumindest Verweise auf Beispiele im In- und Ausland, wo unter ähnlichen Bedingungen kulturelle Stadtteilzentren entstanden sind (z.B.: Kulturkaufhaus Fulda, Bildungshaus Lübeck, JUPETER Hamburg). So kann man sich kaum ein Bild davon machen, was man sich unter einer urbanen Kulturlandschaft eigentlich vorstellen soll. Die Bezirksbürgermeisterin skizziert sie in ihrem Grußwort als einen »Raum für neue Ideen, nachhaltige Stadtentwicklung und ein Leuchtturmprojekt mit berlinweiter Ausstrahlung«. Ziel sei es, »einen Ort zu kreieren, der Räume neu denkt, der Menschen verbindet und Kulturen hervorbringt.« Konkreter wird sie leider nicht. Man erfährt aber noch, dass das Projekt ganz am Anfang steht und noch starke Partner benötigt, nämlich »Unternehmen, InvestorInnen, Stiftungen und AkteurInnen aus Politik und Zivilgesellschaft«. Vielleicht finden sich die ja noch. Die oberen Geschosse des Warenhauses werden vermutlich noch für längere Zeit ungenutzt bleiben. cs

Auf der Website des Runden Tisches Leopoldplatz kann man sich die Broschüre herunterladen: auf der Suchmaske von berlin.de »Runder Tisch Leopoldplatz« eingeben!

»go asia« übernimmt das Gebäude der Drogerie Müller

Die Immobilie Müllerstraße 30A ist verkauft. Das vermutet das Onlineportal weddingweiser. Neuer Eigentümer des Kaufhausgebäudes mit den drei Geschossen Verkaufsfläche ist die Handelsette »go asia«, die bis zur Schließung des Karstadt Leopoldplatz in dessen Untergeschoss untergebracht war. Der Drogeriemarkt Müller schließt deshalb bereits Mitte November und nicht wie ursprünglich angekündigt erst im Januar. »go asia« ist ein schnell expandierendes Unternehmen, das erst seit 16 Jahren auf dem Markt ist und inzwischen nach eigenen Angaben in ganz Deutschland bereits 64 Filialen betreibt. Zwölf davon befinden sich in Berlin. Der erste go-asia-Markt eröffnete im Jahr 2009 in Charlottenburg. Das Sortiment besteht überwiegend aus Waren aus China, Japan und Südkorea, insbesondere Lebensmittel, aber auch andere Güter des täglichen Bedarfs.

Schafe am Plötzensee?

Bezirk befürwortet eine Beweidung des Volksparks Rehberge

Auf Bitte der BVV Mitte hat das Bezirksamt geprüft, ob eine Beweidung des Volkspark Rehberge und des Parks am Plötzensee mit Schafen durchführbar ist. Unter dem Vorbehalt der Klärung der Finanzierungsfrage ist es dabei zu einem positiven Ergebnis gekommen. In anderen Bezirken wird das bereits durchgeführt, etwa in Charlottenburg-Wilmersdorf (am Horst-Dohm-Eisstadion und am Stadion Wilmersdorf), in Lichtenberg (Landschaftspark Herzberge), in Marzahn-Hellersdorf (Hönowe Weierkette) und Treptow-Köpenick (Landschaftspark Johanneisthal, Friedhof Baumschulenweg). Auch die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten (Schlosspark Charlottenburg) und Grün Berlin (Kienbergpark, Tempelhofer Feld, Velomax, Max Schmeling-Halle) lassen Teile ihrer Parks beweidet werden. Eine extensive Beweidung, so das Bezirksamt Mitte, wirke sich günstig auf die Biodiversität aus. Positiv hervorzuheben sei auch das Zurückdrängen von Gehölzen und das Freihalten der Wiesenflächen. Im Vergleich zur Maschinenmäh kommt es bei der Flächenpflege durch den Einsatz von Schafen zu deutlich weniger Störungen und negativen Einflüssen auf die Fauna. Zudem werden Schafe von den Besuchenden der Parks in den meisten Fällen positiv wahrgenommen. Zwingend notwendig sei jedoch ein Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit, gegebenenfalls zusammen mit einem Konzept zur Umweltbildung. Allerdings stehen die Schafe nur wenige Wochen im Jahr auf den Flächen, dabei seien Weidezäune mit Strom unverzichtbar. In der Summe könnten im Volkspark Rehberge und im Park am Plötzensee ca. 20 Hektar beweidet werden, wofür jährlich etwa 37.000€ einzuplanen und bereitzustellen seien. cs

Umbenennung erfolgt: Martha-Ndumbe-Platz

Seit dem 12. Oktober 2025 heißt der Nettelbeckplatz offiziell Martha-Ndumbe-Platz. Ein feierlicher Akt der Umbenennung fand am 18. Oktober statt. Der bisherige Namensgeber Joachim Nettelbeck (1738–1824) war im transatlantischen Sklavenhandel aktiv und wurde nach seinem Tod zu einer Symbolfigur des deutschen Nationalismus und des Nationalsozialismus. Die BVV Mitte entschied deshalb am 23. Januar 2025, den Platz nach Martha Ndumbe (1902–1945) zu benennen. Sie wurde in Berlin geboren, erlebte wegen ihrer dunklen Hautfarbe Ausgrenzung und Diskriminierung, wurde 1944 ins KZ Ravensbrück deportiert und starb dort 1945. Mit der Benennung soll an die Opfer rassistischer Gewalt erinnert werden.



Ch. Eckelt

Zweckentfremdung: Bezirk setzt sich durch

In einem bereits seit über zehn Jahren andauerndem Rechtsstreit um illegale Ferienwohnungen hat der Bezirk Mitte vor dem Verwaltungsgericht einen wichtigen Teilerfolg erzielt. Es geht dabei um eine Wohnanlage in der Wilhelmstraße, wo 20 Wohneinheiten als Ferienwohnungen vermietet werden. Das Gericht bestätigte die Anordnung des Bezirks, die zweckentfremdeten Wohnungen wieder in Mietwohnungen rückumzuwandeln. Allerdings könnte das Oberverwaltungsgericht das Urteil wieder zurücknehmen (Az. VG 6 L 65/25)

Mietspiegel: Senat warnt vor falschen Interviewern

Noch bis Dezember laufen die Erhebungen für den neuen Berliner Mietspiegel. Dafür wurden stichprobenartig Mieterinnen und Mieter ausgewählt und Ende August erstmals postalisch kontaktiert. Die Befragungen werden online, schriftlich und in manchen Fällen auch mündlich von geschultem Personal durchgeführt. Leider klingeln aber auch immer wieder Personen an Wohnungstüren, die sich fälschlich als Interviewer ausgeben, um an persönliche Daten zu gelangen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen weist daher darauf hin, dass die in ihrem Auftrag agierenden Interviewer stets vorab Termine vereinbaren und nicht unangemeldet erscheinen. Diese Interviewer können sich zudem als Beauftragte des ALP Instituts für Wohnen und Stadtentwicklung GmbH ausweisen. In der Befragung geht es ausschließlich um Fragen zur Miethöhe sowie zur Wohnungs- und Gebäudeausstattung, niemals um personenbezogene Daten.



Ch. Eckelt



Abriss hat tatsächlich begonnen

Die Schrottimmobilie Burgsdorfstraße 1 verschwindet endlich

Seit vielen Jahren berichten die Medien über das »Skandalhaus« Burgsdorfstraße 1. Gleich um die Ecke der Landeszentrale der Berliner SPD stand nämlich bis vor kurzem eine der bekanntesten Berliner Schrottimmobilien. Seit 2004 ist aus Sicherheitsgründen ein Seitenflügel gesperrt, seit 2017 das Vorderhaus – und mit ihm die gesamte Burgsdorfstraße, nur Fußgänger kommen seitdem auf der gegenüberliegenden Seite der Straße noch durch. Das Haus verfiel zusehends, trotz der Aufforderung des Bezirks unternahm die Eigentümerin aber so gut wie nichts, um dem entgegenzuwirken. Zumindest nichts Bauliches, denn sie beschäftigte ja durchaus die Berliner Justiz und Rechtsanwälte mit dem Fall: Seit zehn Jahren prozessieren Bezirk und Eigentümerin nämlich schon um den Abriss beziehungsweise um eine Sanierung des Altbaus. Im Juli schien das Kapitel endgültig gelöst zu sein: Eine Firma war mit dem Abbruch beauftragt, wie die Pressestelle des Bezirks mit sichtlichem Stolz vermeldete. Doch die Ruine blieb dennoch stehen. Denn in ihr brüteten inzwischen allerlei geschützte Tierarten, von den selten gewordenen Haussperlingen (die auch schon vorübergehend den Abriss des Jahn-Stadions neben dem Mauerpark verhindert haben) war die Rede sowie von Mauerseglern und Zwergfledermäusen. Die allgemeine Brutzeit, in der sie einen besonderen Schutz genießen, endete jedoch am 30. September. Im Oktober konnten dann endlich die Bagger anrücken. Im Sprengelkiez kann man es kaum glauben: Die Burgsdorfstraße soll demnächst wieder eine ganz normale Straße im Wohnquartier sein. cs

Kaum noch Umwandlung in Eigentumswohnungen

Neue Regelungen des §250 BauGB sind sehr effektiv

In der ganzen Stadt werden zunehmend weniger Anträge auf Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen gestellt. Das teilte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in einer Presseerklärung mit. Demnach wurden im vergangenen Jahr in Berlin nur noch für 142 Wohnungen und im 1. Halbjahr 2025 nur noch für 57 Wohnungen eine Umwandlung beantragt. Seit Mitte 2021 gelten in Berlin die neuen Regelungen des § 250 des Baugesetzbuches (BauGB). Aufgrund der weiterhin angespannten Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt hat der Senat sie bis 2030 verlängert. Nach § 250 des BauGB können die Kommunen die Genehmigung von Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen in den meisten Fällen versagen, die Eigentumswohnungen können dann nicht mehr ins Grundbuch eingetragen werden. Diese Regelung gilt allerdings nur befristet, nur in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten und nicht für Neubauten. Sie wurde erst kürzlich vom Bundestag bis zum Jahresende 2030 verlängert. In den sozialen Erhaltungsgebieten, oft auch Milieuschutzgebiete genannt, ist eine Umwandlung zusätzlich erschwert. Hier gilt neben dem § 250 auch der § 172 des BauGB bzw. die Umwandlungsverordnung Landes Berlin, die im März ebenfalls bis 2030 verlängert wurde und die ebenfalls eine Genehmigungspflicht für Umwandlungen vorsieht. Rund ein Drittel der Berlinerinnen und Berliner lebt inzwischen in so einem Milieuschutzgebiet. Dort wurden im gesamten Jahr 2024 sowie im 1. Halbjahr 2025 nach Angaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sogar gar keine Anträge auf Umwandlung mehr gestellt. Der Markt für Eigentumswohnungen in Berlin ist mit den Zinserhöhungen und der beginnenden Wirtschaftskrise des Jahres 2022 deutlich eingebrochen und erholt sich seitdem nur langsam. Die Umsatzzahlen des Jahres 2024 lagen sowohl in der Anzahl als auch im Preis der verkauften Wohnungen deutlich unter denen des Jahres 2021. cs



Wahlkampf um Kiezblocks

Neue »Fußgängerzone« in der Weddinger Maxstraße abgepollert

Die politische Auseinandersetzung um die Kiezblocks nimmt an Schärfe zu und entwickelt sich zusehends zu einem Wahlkampfthema für den kommenden September. Dabei verläuft eine sichtbare Konfrontationslinie zwischen der Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt Ute Bonde (CDU) und mehreren Bezirksämtern, darunter dem Bezirksamt Mitte und hier insbesondere dem für das Straßen- und Grünflächenamt zuständigen Bezirksstadtrat Christopher Schriner (Bündnis 90/Grüne). Viele halten jedoch weniger die Verkehrssenatorin als vielmehr den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus Dirk Stettner für die treibende Kraft in der Verkehrspolitik des Senats.

So wird das Abgeordnetenhaus zunehmend zur Bühne für diesen Konflikt: Am 9. Oktober warfen dort die Grünen der Verkehrssenatorin die Verschwendung von Steuergeld vor. Bonde hatte im Mai abrupt angewiesen, die Finanzierung aller Kiezblocks in der Stadt zu beenden, obwohl sie von der Rechtsabteilung ihres Hauses darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die Verträge, die die Bezirke zur Umsetzung dieser Vorhaben bereits abgeschlossen hatten, gültig sind und nicht einfach einseitig beendet werden können. So hatte der Bezirk Mitte bereits einen großen Auftrag zur Untersuchung potenzieller Gebiete für Kiezblocks vergeben, der unter anderem öffentliche Spaziergänge von Anwohnenden und Experten in diesen Gebieten vorsah. Die fanden teilweise mit großer Beteiligung auch tatsächlich statt. Doch nach der Anweisung der Verkehrssenatorin konnte der Bezirk die Rechnung des beauftragten Planungsbüros nicht mehr begleichen, das daraufhin einen

gerichtlichen Mahnbescheid erwirkte. Das beauftragte Büro liegt mit etwa 50 Mitarbeitenden zwar im Grenzbereich von »Kleinunternehmen« und »mittelgroßen Unternehmen«, die Summe von 144.000 Euro, um die es geht, steckt aber auch so ein Betrieb nicht einfach so weg.

Die verkehrspolitische Sprecherin der Grünen, Oda Hassepaß, kritisierte im Abgeordnetenhaus, Berlin sei somit ein finanzieller Schaden entstanden und forderte, den Stopp sofort aufzuheben und die zugesagten Gelder freizugeben. Die Verkehrssenatorin argumentierte, mit ihrer Anweisung habe sie einen größeren volkswirtschaftlichen Schaden verhindert, zudem seien Menschenleben gefährdet, weil die Poller Rettungskräfte bei Noteinsätzen behinderten. Kritik kam aber auch von Seiten des Koalitionspartners. Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Tino Schopf: »Es sind genau solche Aktionen, Frau Bonde, die es verdammt schwer machen, sich als Koalitionspartner hinter Sie zu stellen.«

Nicht betroffen vom Stopp des Senatsprogramms sind die Kiezblocks in der Nördlichen Luisenstadt im Ortsteil Mitte und im Antonkiez (Wedding). Denn werden nicht aus Senatsmitteln finanziert, sondern aus Forschungsgeldern des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV). In der Weddinger Maxstraße wurde deshalb Mitte Oktober ein ganzer Straßenabschnitt abgeriegelt und in eine »Fußgängerzone« verwandelt. Damit wird der Kfz-Durchgangsverkehr unterbunden und die Verkehrssicherheit im Umfeld der Wedding-Schule verbessert. Zudem wurde ein Büro beauftragt, gemeinsam mit den Anwohnenden bis zum Ende des Jahres die »Vision eines neuen Stadtplatzes« zu entwickeln, der die Aufenthaltsqualität im Antonkiezes steigern soll. Das könnte in Zukunft Bedeutung haben – und zwar unabhängig davon, welche politische Einstellung die Leitungsebene der künftigen Verkehrsverwaltung einnimmt. Denn die technische Entwicklung läuft weltweit derzeit klar in Richtung selbstfahrender Automobile. Auch in Spandau erprobt die BVG seit Oktober erstmals den Einsatz von fahrerlosen Shuttle-Bussen. Wenn aber in gar nicht mehr so ferner Zukunft unsere Automobile in der Lage sein werden, sich selbstständig einen Parkplatz zu suchen, dann wird das Deponieren privater Automobile an den Straßenrändern endgültig fragwürdig. Denn sie könnten ja auch in Tiefgaragen und Quartiersparkhäusern unterkommen. Dann aber stellt sich die Frage, wie wir den wieder gewonnenen öffentlichen Raum nutzen wollen. cs

Zu den Kiezblocks in Mitte gibt es eine ausführliche Website des Straßen- und Grünflächenamtes. Man findet sie am besten, indem man auf der Suchmaske von berlin.de »Kiezblocks Mitte« eingibt. Über den aktuellen Stand des »Stadtplatzes« im Antonkiez unterrichtet maxstrasse.platzgruppe.org



Demnächst mehr Inder als Polen

Der Zuzug aus dem Subkontinent nach Berlin ist enorm

Die etwas Älteren unter uns werden sich noch erinnern: »Kinder statt Inder« war ein Slogan, der im Jahr 2000 Furore machte, ähnlich wie heute der »Stadtbild«-Spruch von Friedrich Merz. Doch Jürgen Rüttgers, damals der Spitzenkandidat der CDU in nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf, musste noch fünf Jahre warten, bis sein Kalkül aufging und er Ministerpräsident wurde. Und außerdem hörten die Deutschen offenbar nicht auf ihn, jedenfalls brachten sie in der Folge nicht mehr Kinder auf die Welt. Dafür kommen Inder.

In der Berliner Ausländerstatistik bilden indische Staatsbürger bereits die viertgrößte Gruppe. Am 30. Juni 2025 waren insgesamt 45.198 vom Einwohnermeldeamt registriert. Die Zahl wächst rapide: In Mitte 2019, also vor dem Ausbruch der Corona-Epidemie, führte die gleiche Statistik nur 10.675 Staatsangehörige Indiens auf. In nur sechs Jahren hat sich deren Anzahl also mehr als vervierfacht. Und schon in Kürze werden die Inderinnen und Inder die Polinnen und Polen vom dritten Platz der Statistik verdrängen. Denn die Zuwanderung aus unserem Nachbarland kehrt sich allmählich in Abwanderung um, weil in Polen Arbeitskräfte noch dringender gesucht werden als hierzulande. Indien boomt sogar noch viel stärker, es gilt derzeit als eine der am stärksten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Dort drängen zugleich sehr starke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt: derzeit mehr als 25 Millionen junge Erwachsene pro Jahr (zum Vergleich: in Deutschland sind es nur etwa 800.000). Und sie sind zunehmend besser ausgebildet. Denn die Mittelschicht, die ihren Kindern eine gute Bildung finanzieren kann, wächst nirgendwo auf der Welt so rapide wie in Indien.

Nur ein winziger Teil davon kommt zu uns. Um rund 9.000 erhöhte sich im vergangenen Jahr die Zahl der indischen Einwohner Berlins. Aber keine andere nationale Gruppe wächst derzeit in unserer Stadt so stark – selbst aus der kriegsgeschüttelten Ukraine und der kriselnden Türkei kamen im vergangenen Jahr per Saldo nicht so viele Menschen nach Berlin wie aus Indien. Seitdem im Jahr 2022 ein Migrationsabkommen zwischen Indien und Deutschland abgeschlossen wurde, hat sich der Zustrom junger Inderinnen und Inder in etwa verdoppelt. Gut ein Fünftel von ihnen kommt nach Berlin. Das liegt vermutlich an der großen Nachfrage nach Fachkräften im IT-Bereich in unserer Stadt, die schon im vergangenen Jahrzehnt eingesetzt hatte und die ersten Pioniere anlockte. Inzwischen arbeiten viele Inderinnen und Inder in Restaurantküchen, in der Logistikbranche oder als Paketzusteller – auch, um sich ein Studium zu finanzieren. Denn etwas mehr als die Hälfte der Visa für Inderinnen und Inder, so berichtete das rbb-Inforadio im März, wird für Studierende ausgestellt. Die Studiengebühren in Deutschland sind jedoch nur an staatlichen Hochschulen und Universitäten überschaubar – an privaten Hochschulen wie etwa die IU Internationale Hochschule, an die indische Interessierten oft vermittelt werden, sind die Kosten immens.

Viele dieser Studierenden arbeiten nebenbei beispielsweise als Lieferanten für Essensdienste: Inder auf Fahrrädern mit großen Warmhalteboxen gehören inzwischen zum Berliner Stadtbild, oft sieht man sie dabei telefonieren. Ein großes Problem ist für sie – wie für viele andere – die Wohnsituation, zumal der leergefegte Wohnungsmarkt der Stadt erstmal die Einheimischen privilegiert. Wer aus dem Ausland neu in Berlin aufschlägt, hat enorme Probleme damit, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die indischen Studierenden und hier Arbeitenden sind deshalb häufig auf Untermietverhältnisse angewiesen oder leben in äußerst beengten Wohngemeinschaften der Community, zudem sind die Wohnkosten oft hoch. Der »Tagesspiegel« berichtet von einer WhatsApp-Gruppe für Wohnungsvermittlungen, die rund 800 meist indische Mitglieder zähle. »Angeboten werden möblierte Zimmer für 600 Euro oder mehr – pro Mieter und bei Mehrfachbelegung der Zimmer.« Und ohne Mietvertrag, also auch ohne Mieterschutz. Hinzu kommen bürokratische Hürden, mit denen sie zu kämpfen haben, etwa bei der Aufenthaltserlaubnis der Ausländerbehörde oder den notwendigen Verlängerungen der Studentenvisa. Anwerben allein reicht eben nicht, wenn die Angeworbenen dann ganz auf sich gestellt sind. Schließlich ist das Land auch angesichts der Demografie auf die Zuwanderung von (künftigen) Fachkräften angewiesen.

cs

KOMMENTAR

Reden über das Stadtbild

Das muss man auch erstmal hinkriegen: eine Aussage in drei Akten (davon zwei, die allein dazu da sind, den ersten Akt irgendwie zu erklären), die eine wochenlange Debatte auslöst. Erster Akt: Wortlaut Friedrich Merz, am 14. Oktober auf einer Pressekonferenz: »Bei der Migration sind wir sehr weit. Wir haben in dieser Bundesregierung die Zahlen August 24, August 25 im Vergleich um 60 % nach unten gebracht, aber wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem, und deswegen ist der Bundesinnenminister ja auch dabei, jetzt in sehr großem Umfang Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen.« Das ist semantisch eigentlich eine unmissverständliche Kopplung der Begriffe »Migration« und »Problem im Stadtbild«. Da aber meist nur ab dem Wort »Stadtbild« zitiert wurde, war die Irritation groß. Denn natürlich fällt zum Thema »Probleme im Stadtbild« jedem und jeder etwas ein. Viele würden ja »Stadtbild« eher mit Hardware, also Immobilien bzw. unlebendigen Bestandteilen assoziieren: Manche denken an Graffiti an Hauswänden, andere eher an Dauerbaustellen oder Haltestellendisplays, die unverdrossen Verständnis für Verspätungen und Bahnausfälle fordern; wieder andere an Bauwerke wie den Stadtschlossnachbau, über dessen banale Ostfassade der Architekturkritiker Wolfgang Kil mal schrieb: »Wer sich nun aber vonseiten der Oststadt nähert und (...) vom Schloss-Gespenst nur den nackten Arsch gezeigt bekommt, dem hilft am Ende auch kein Einheitsdenkmal.«



Das alles kann man als Problem im Stadtbild sehen. Allerdings, um auf Friedrich Merz zurückzukommen, wird der Innenminister wohl kaum die Rückführung von Schlössern oder Dauerbaustellen erwägen – wohin auch? Was genau der Bundeskanzler nun gemeint habe, wollte ein Journalist ein paar Tage später wissen. Zweiter Akt, wörtliche Antwort von Friedrich Merz: »Ich weiß nicht, ob Sie Kinder haben. Und wenn unter diesen Kindern Töchter sind, dann fragen Sie mal Ihre Töchter, was ich damit gemeint haben könnte. Ich vermute, Sie kriegen eine ziemlich klare und deutliche Antwort. Ich habe gar nichts zurückzunehmen.« Nun hat nicht jeder Mensch Töchter, aber die Hälfte der Bevölkerung ist selbst eine – und viele von denen meldeten sich nun zu Wort, teilweise auch mit spontanen Demonstrationen, und sagten ziemlich klar und deutlich, was sie so als Problem sehen. Dazu gehören u.a. auch übergreifende deutsche Männer, insbesondere im besoffenen Zustand (Stichwort Oktoberfest), die unter Röcke fotografieren, grapschen oder sexistische Bemerkungen und Zoten absondern. Übrigens finden es viele Frauen auch problematisch, wenn ihnen von Männern erklärt wird, was sie als Frauen problematisch finden sollen. Die Debatte nahm also gerade eine neue Wendung, als der dritte Akt folgte, wieder ein paar Tage später: Friedrich Merz konkretisierte, es gehe ihm um »Einwanderer ohne Aufenthaltsrecht und Arbeit, die sich nicht an die in Deutschland geltenden Regeln halten« würden. »Das bestimmt ganze Stadtteile, die auch unserer Polizei große Probleme machen.« Ganze Stadtteile voller Einwanderer ohne Aufenthaltsrecht – das ist allerdings eine gewagte These, zumal Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus ja niemandem auf die Stirn gemeißelt sind. Im Übrigen werden Illegale eher tunlichst vermeiden, sich irgendwo auffällig zu benehmen – das ist quasi der Kern von Illegalität. Und viele von denen, die »sich nicht an Regeln halten«, haben die deutsche Staatsbürgerschaft oder sind EU-Bürger. Was auch immer Merz eigentlich sagen wollte: »Stadtbild« meint nun mal etwas, was visuell sichtbar ist. Und deshalb fühlten sich ziemlich viele Menschen vor den Kopf gestoßen, auf die die Bundesrepublik eigentlich dringend angewiesen ist: Menschen mit migrantischen Wurzeln, die in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen arbeiten oder in der IT-Branche, die Busse fahren, auf Baustellen oder in Küchen schuften, die Lebensmittelgeschäfte aufbauen oder ganze Unternehmen wie Biontech. Immerhin birgt die Stadtbild-Debatte auch eine Chance: nämlich die, tatsächlich über den Zustand von Städten und Kommunen zu reden. Über marode Schulen und Spekulationsbrachen, über Grünflächen und Parks, für deren Pflege zu wenig Geld und Personal zur Verfügung steht, über geschlossene Schwimmbäder und Kulturstätten, über explodierende Mieten, die die Busfahrerinnen, Krankenpfleger oder Verkäuferinnen aus der Stadt treiben usf.

Und hin und wieder sollte man sich mal umdrehen und schauen, wer da bei der Wortkombination »Migration + Problem« ganz laut Beifall klatscht.

us



Ch. Eckelt

Blumenzwiebeln jetzt!

Bepflanze deine Baumscheibe in Mitte

Der Spätherbst ist der ideale Zeitpunkt, um Baumscheiben mit Blumenzwiebeln zu bepflanzen. Die Temperatur des Bodens sollte dafür zwischen null und zehn Grad Celsius liegen – das ist in unseren Breiten im November der Fall, in der Innenstadt manchmal auch im Dezember und selbst Anfang Januar.

Für das Bepflanzen einer Baumscheibe braucht man im Bezirk Mitte keine Genehmigung. Dennoch sollte man einige Regeln beachten, die das Straßen- und Grünflächenamt auf einer Website und in einem Flyer publiziert. U.a. sollte die Baumscheibe größer als 6 Quadratmeter und die Wurzeln des Baumes möglichst nicht zu sehen sein. Baumscheiben von jungen Bäumen dürfen nicht bepflanzt werden, da sie noch besonderen Schutz und viel Platz zum Anwachsen brauchen. Die Erdoberfläche der Baumscheibe sollte auch nach der Bepflanzung tiefer als der Fußweg liegen, so dass sich Regenwasser sammeln und versickern kann. Töpfe oder Kästen und andere Gegenstände sollte man möglichst nicht aufstellen. Sitzflächen werden vom Bezirk entfernt, da sie die Wurzeln schädigen und dem Baum schaden. Auch mit Zaun und Bepflanzung müssen Fahrbahn, Rad- und Gehweg ohne Behinderung nutzbar sein!

Das Straßen- und Grünflächenamt freut sich über Fotos beplanter Baumscheiben. Der Ansprechpartner heißt Günter Fuchs und ist per E-Mail unter: Guenter.Fuchs@ba-mitte.berlin.de zu erreichen. Die Website samt Info-Flyer findet man auf berlin.de, wenn man auf der Suchmaske »Bepflanze deine Baumscheibe« eingibt.

Weniger Geld für Grün und Klima?

Der Senat plant Kürzungen – und nimmt sie dann [teilweise] wieder zurück

Die Straßen- und Grünflächenämter der Berliner Bezirke waren alarmiert, als im Sommer bekannt wurde, welche Kürzungsmaßnahmen der Berliner Senat im Haushaltsentwurf 2026 / 2027 für ihre Ressorts plante: ob die Parkläufer, die in städtischen Grünanlagen nach dem Rechten sehen, ob der Reparaturbonus oder die sehr erfolgreichen BSR-Kieztage als Kooperation zwischen den Bezirken und der BSR, bei denen Bürgerinnen und Bürger ihren Sperrmüll wohnortnah und kostenfrei entsorgen können: all das stand plötzlich auf der Streichliste. Und auch für die Grünflächenpflege sollte weniger Geld zur Verfügung stehen.

Acht Berliner Bezirksstadträte wandten sich daraufhin mit einem Brandbrief an den Regierenden Bürgermeister sowie an den Finanzsenator und die Umweltsenatorin (alle CDU) und warnten u.a. vor einem Kollaps der städtischen Parks: Viele Grünflächen seien nach sieben Jahren Dürre und Extremwetterereignissen in einem desolaten Zustand. Nach etlichen öffentlichen Protesten ruderte der Senat zumindest teilweise wieder zurück: Die Koalition habe einige geplante Kürzungen im Umweltbereich zurückgenommen, bestätigten CDU- und SPD-Umweltpolitiker gegenüber dem rbb. So soll der äußerst beliebte Reparaturbonus, das Berliner Förderprogramm für die Reparatur privater Elektrogeräte, mit 1,2 Millionen Euro weitergeführt werden. Der Senat hatte den Reparaturbonus erst im September 2024 gestartet, um eine nachhaltige Nutzung von Elektrogeräten zu unterstützen und zur Schonung von Ressourcen beizutragen. Außerdem sollen sich die Koalitionsfraktionen auf die Rücknahme weiterer Kürzungen geeinigt haben. So sollen auch die Parkläufer, die in bestimmten Grünanlagen auf Sauberkeit und die Einhaltung von Regeln achten, sowie die BSR-Kieztage weiter finanziert werden. Auch die Mittel für Baumpflanzungen in Höhe von 3,25 Millionen Euro wurden von der Streichliste genommen.

Wieviel Geld für Grünpflege und Klimaschutz am Ende wirklich zur Verfügung steht und wo schlussendlich gekürzt wird, bleibt freilich abzuwarten: Verbindliches weiß man wohl erst, wenn der Haushalt tatsächlich beschlossen wird.

Solarausbau schreitet rapide voran

In Berlin gibt es inzwischen insgesamt ca. 53.000 Solaranlagen mit einer Gesamtleistung von maximal 459 Megawattpeak. Damit hat sich die Anzahl der Solaranlagen seit Januar 2023 mehr als verdreifacht und die Maximalleistung mehr als verdoppelt. Das geht aus dem jährlichen Bericht des Senats zur Umsetzung des Solargesetzes hervor, das seit Anfang 2023 in Kraft ist. Danach sind Eigentümerinnen und Eigentümer beim Bau neuer Gebäude sowie bei wesentlichen Dachumbauten verpflichtet, eine Solaranlage zu installieren und zu betreiben.



Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiter (komm.): Herr Giebel,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di und Do 9–12 Uhr,
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiterin: Mandy Adam
(030) 90 18-457 27

Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
Piotr Sosinski (030) 901 84 54 09
piotr.sosinski@ba-mitte.berlin.de
Dr.-Ing. Salma Khamis (030) 901 84 57 61
salma.khamis@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Wilhelm-Kabus-Straße 74, 10829 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Louise Thoeming (030) 857 57 71 39
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de
Geschäftsstraßenmanagement:
Martina Trapani (030) 857 57 71 38
M.Trapani@jahn-mack.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Vor-Ort-Büro des Lebendigen Zentrums
Müllerstraße 12, 13353 Berlin
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de



Informationen und Dokumentationen zum Lebendigen Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse Lebendiges Zentrum
- Sanierungsgebietsgrenze

Runder Tisch Leopoldplatz
Andreas Funke
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 55

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez
Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding
für Bewohner der Milieuschutzgebiete Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße sowie des Sanierungsgebietes Müllerstraße
Mo 10–13 Uhr, telefonisch: (030) 44 33 81-11 und Do 15–18 Uhr im Vor-Ort-Büro
Müllerstraße 12
www.mieterberatungpb.de
team-wedding@mieterberatungpb.de



Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	Bezirksamt Mitte	BERLIN	
---	------------------	---------------	--



ECKENSTEHER

Lost im Formular-Dschungel

Digitalisierung ist eine feine Sache. Früher ging viel Papier drauf, beispielsweise für die zahlreichen Formulare zahlreicher öffentlicher Ausschreibungen. Ungezählte namenlose Bäume mussten allein für Ausschreibungsformulare sterben. Inzwischen gibt es eine elektronische Vergabeplattform. Man sollte meinen, die Sache sei damit nicht nur papiersparender, sondern auch einfacher geworden. Spoiler: Nein.

Immerhin: Man hat es tatsächlich geschafft, sich bei der E-Vergabeplattform für eine einheitliche Software zu entscheiden, egal, ob Sie sich auf eine Ausschreibung in Pankow, Neukölln oder Böblingen bewerben. Natürlich kostet die Softwarenutzung was, Sie müssen sie bezahlen, jedes Jahr, aber ohne Software keine Bewerbung.

Auf der Vergabeplattform steht alles, was von der öffentlichen Hand ausgeschrieben wird. Laut EU-Regeln müssen öffentliche Aufträge ab einem bestimmten Volumen EU-weit ausgeschrieben werden – auch wenn es eher unwahrscheinlich ist, dass sich, sagen wir, ein portugiesischer Stadtplaner für das Fördergebiet Haselhorst interessiert.

Wenn Sie sich manchmal fragen, warum sich Bauvorhaben so lange hinziehen: Es liegt auch am Ausschreibungswesen. Denn bis so eine Ausschreibung erstmal erarbeitet ist, bis die Zentrale Vergabestelle des jeweiligen Bezirks (ja, jeder Bezirk hat eine eigene »Zentrale Vergabestelle«) das Werk auf der Zentralen Vergabeplattform eingestellt hat, bis die Bewerbungsfrist abgelaufen ist, die Angebote gesichtet und die Zuschläge erteilt sind, vergeht sehr viel Zeit. Und manchmal

passiert dann immer noch nix. Weil manchmal gar kein Angebot eingeht. Es könnte an den Formularen liegen.

Denn man muss dafür neben ausreichend Zeit sehr starke Nerven haben und letztere auch während der Online-Bewerbung bei sich behalten. Sie müssen sich durch einen E-Formular-Dschungel (EEE, UvGO, FFV, Datenschutz, Mindestlohn, Sanktionsgebote, ILO-Kernarbeitsnormen usw.) schlagen – das aber sehr aufmerksam: Wenn Sie irgendwo ein Kreuzchen an einer unscheinbaren, aber sehr wichtigen Stelle oder eine elektronische Unterschrift vergessen, sind Sie schon raus. Sie sollten auch wissen, was diese BHV ist, die – versteckt auf einem der vielen Formulare – von Ihnen gefordert wird (Berufshaftpflichtversicherung mit astronomischen Deckungssummen, deren Beiträge Sie natürlich auch jährlich zahlen müssen). Ferner brauchen Sie eine Bestätigung des Finanzamts, dass Sie pünktlich Ihre Steuern zahlen, müssen die Umsätze der letzten Jahre offenbaren sowie die passende Erfahrung und Befähigung nachweisen (wie machen das Berufseinsteiger?). Zum Schluss dürfen Sie dann endlich Ihr Preisangebot abgeben: bitte in Stück- oder Stundenpreisen oder beidem, jeweils netto und brutto, nach Kostenarten aufgeschlüsselt, pro Jahr und dann bitte nochmal insgesamt, in mehreren Varianten auf unterschiedlichen Formblättern. Holen Sie sich einen Excel-Experten dazu.

Und glauben Sie bitte nicht, nur weil Sie das geschafft haben, Sie wüssten nun, wie der Hase läuft: Denn jeder einzelne Fachbereich jedes Bezirks bastelt seine Ausschreibungen selbst, und deshalb sieht jede Ausschreibung garantiert anders aus – auch bei fast identischen Leistungen. Das Verfahren hat also einen erfrischend hohen Überraschungsscore, ist aber auch so zeitraubend, dass manche Firmen angesichts dieses Wahnsinns eher abwinken: weil der Aufwand in keinem Verhältnis zum potenziellen Ertrag steht.

Natürlich können Sie sich den ganzen Stress auch schenken. Vorausgesetzt, Sie kennen zufällig jemanden wie Jens Spahn. us